

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzige Tageszeitung
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

報之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:
Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

1. Jahrgang

Tientsin, Dienstag, den 9. Dezember 1930.

Nummer 60

Aus dem Inhalte der heutigen Nummer:

Chinas neues Landgesetz
Die alte deutsche Niederlassung in Tientsin
Lässt erfahrene Leute in die Selbstverwaltung

Drahtnachrichten.

Ein Antrag Graf Bernstorffs auf der Abrüstungskonferenz.

Genf, den 1. Dez. (Kuomin). Graf Bernstorff, der deutsche Vertreter auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, reichte heute den Antrag ein, dass die gegenwärtige Konferenz den Völkerbundsrat ersuchen soll, die endgültige Abrüstungskonferenz am 2. November 1931 einzuberufen. Dieser Antrag Graf Bernstorffs steht im Einklang mit seiner früher abgegebenen Erklärung, dass er der Ueberzeugung sei, dass vorbereitende Beratungen sehr wenig in der wirklichen Abrüstung erreichen könnten, und dass greifbare Resultate nur erzielt werden könnten, wenn man die Mächte dazu zwingt, auf der endgültigen Konferenz Farbe zu bekennen. Eine solche Konferenz könne man nicht mit leeren Reden abspesen wie es sich der Vorbereitungsausschuss hätte gefallen lassen müssen.

Einstellung der Tributzahlungen.

Berlin, den 6. Dez. (Angasa). Dr Alfred Hugenberg, der Führer der Deutsch Nationalen, hat im Reichstag den Antrag eingebracht, sofort die Tributzahlungen einzustellen als einleitenden Schritt zur Revision des Young Planes und des Versailler Vertrages.

Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande.

Berlin, den 5. Dez. (Transocean Asiatic). Wegen der allgemeinen Unordnung infolge der Arbeitslosigkeit ist die Aufführung des Romaneschen Films „Im Westen nichts Neues“ verboten worden.

Das neue französische Kabinett.

Paris, den 7. Dez. (Transocean Asiatic). Senator Lucien Barthe, der Justizminister im ehemaligen Tardien Kabinett, soll sich bereit erklärt haben, die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehmen, in dem Tardien einen wichtigen Ministerposten besetzen wird. Briand hat seine Mitarbeit zugesagt. Heute Abend besuchte Herr Barthe den Präsidenten Doumergue und berichtete ihm über die in der Kabinettsbildung gemachten Fortschritte. Politische Kreise sind voll von Gerüchten, dass Herr Poincaré Herrn Barthe hat wissen lassen, dass er vielleicht geneigt sei einen Posten in seinem Kabinett anzunehmen, da die Ministerarbeit seine Gesundheit nicht so sehr beanspruchen würde wie die des Ministerpräsidenten. Herr Herriot hat es abgelehnt in dem neuen Kabinett mitzuarbeiten, da er bereits in seiner neuen Stellung in Lyon mit Arbeit überlastet ist. Die anderen radikalen Führer haben Barthe bisher noch keine Antwort gegeben, aber es heisst, dass die moderne radikale Partei dem Barthe Kabinett freundlich gesinnt ist, und dass sie nicht abgeneigt ist mit ihm zusammenzuarbeiten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Herr Barthe imstande sein in ein oder zwei Tagen dem Präsidenten Doumergue die endgültige Ministerliste vorzulegen.

Die sowjet-italienische Konferenz in Mailand.

Paris, den 1. Dez. (Kuowen). Die „Paris Midi“ veröffentlichte heute einen aufsehenerregenden Artikel über die Konferenz, die kürzlich zwischen dem italienischen und sowjetrussischen Außenminister in Mailand stattgefunden hat. In dem Artikel, der in Pariser diplomatischen Kreisen grosses Aufsehen erregt hat heisst es, dass infolge des italienischen Drucks in Budapest die ungarische Regierung in Kürze die Sowjet Regierung offiziell anerkennen wird. Sollte sich das bewahrheiten, so ist damit der Beweis geliefert, dass die Berichte, welche der Konferenz der beiden Außenminister rein wirtschaftlichen Charakter beimessen, irreführen sollten und nur dazu bestimmt waren, die Bedeutung der Konferenz in Bezug auf die politische Lage von ganz Europa zu verringern.

Sowjet Aufträge für Fiat.

Turin, den 28. Nov. (Kuowen). Die Fiat Auto Werke haben von den Handelsvertretern Sowjet Russlands Aufträge im Werte von 1,4 Millionen Franc erhalten, die ursprünglich bei der französischen Firma Renault untergebracht waren, die aber später wegen der französischen Massnahmen gegen das angebliche Sowjet „dumping“ annulliert worden sind.

Um die Finanzreform

Das Gesetz durch Notverordnung in Kraft gesetzt.
Der Reichstag rüstet sich zum Endkampf.
Brüning oder Hitler?

Artikel 48

(Reichsexecution, Ausnahmezustand.)

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 125 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil ausser Kraft setzen.

Von allen gemäss Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Massnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Massnahmen sind auf Verlangen des Reichstags ausser Kraft zu setzen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einseitige Massnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Massnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags ausser Kraft zu setzen.

Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Berlin, den 1. Dez. (Kuomin). Der Reichskanzler erhielt heute nachmittag vom Reichspräsidenten das Versprechen, dass das Finanz-Reform-Programm der Regierung notfalls durch einen Erlass des Präsidenten gemäss Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt werden würde. Die Entscheidung, beim Präsidenten in dieser Sache vorstellig zu werden, wurde heute morgen auf einer Kabinettsitzung beschlossen, nachdem es einwandfrei feststand, dass das Regierungsprogramm im Reichstag keine Mehrheit finden würde, und andererseits sich die Regierung mit der Änderungsvorschlägen der Sozialdemokraten nicht einverstanden erklären konnte. Es heisst jedoch, dass, im Falle die Nationalsozialisten und Kommunisten die Aufhebung des Erlasses des Reichspräsidenten beantragen sollten, die Sozialdemokraten für die Regierung stimmen werden, um das Land vor einer ernsten Krise zu bewahren, selbst wenn die Massen für eine derartige Haltung kein Verständnis haben und bei der nächsten Gelegenheit zu den Radikalen übergehen sollten.

Dass letzteres bereits eingetreten ist, beweist das Ergebnis der gestrigen Wahlen in Bremen, wo die Kommunisten allerdings erheblich an Stimmen verloren haben, die Nationalsozialisten aber als einzige Partei bedeutend gewonnen. Während sie bisher nur zwei Sitze in der Verwaltung hatten, werden sie in Zukunft durch 32 Abgeordnete darin vertreten sein, wodurch sie nächst den Sozialdemokraten mit 40 Sitzen die stärkste Partei geworden sind.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Paris, den 1. Dez. (Kuomin). Auch in Frankreich, das bisher von der allgemeinen Depression so gut wie nichts gespürt hat, machen sich jetzt die Folgen allmählich bemerkbar. In einigen Industriegebieten gibt es bereits eine gewisse Arbeitslosigkeit, während auf der anderen Seite immer mehr Einwanderer aus Osteuropa, besonders aus Polen, auf der Suche nach Arbeit nach Frankreich strömen. Die Gewerkschaften beschliessen, die Regierung zu ersuchen ein Einwanderer Verbot zu erlassen, um dadurch eine Krise auf dem Arbeitsmarkt zu verhüten.

Das Urteil im Moskauer Hochverratsprozess.

Moskau, den 7. Dez. (Tass). Der Oberste Gerichtshof hat die Angeklagten Ramzin, Larichev, Charnowski, Kalinnikov und Fedotov zum Tode und die Angeklagten Kuprianov, Sitnia und Ochkin zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Oberst Simpson erschossen.

Calcutta, den 7. Dez. (Reuter). Drei Bengalen drangen gewaltsam in das Bureau des Obersten Simpson ein, erschossen ihn und liefen davon. Um ihren Rückzug zu decken gaben sie fortwährend Schüsse ab. Herr Nelson, der Gerichtssekretär, wurde schwer verwundet, als er versuchte den Mördern den Weg zu verlegen.

Hungerstreik im Harbin Gefängnis.

Harbin, den 5. Dez. (Rengo). Sechzig Gefangene im „Dritten Gefängnis“ in Harbin sind am 30. November in den Hungerstreik getreten als Protest gegen die Grausamkeiten der Aufsichtsbeamten. Die Gefangenen haben den Wärter um eine bessere Behandlung in Anbetracht der bitteren Kälte gebeten. Anstatt dass diese Bitte das Mitgefühl des Wärters fand, reizte sie ihn nur zur Wut. Er faeste den Führer der Bittsteller, zog ihm seine Kleider vom Leibe und befahl ihm draussen, dem eisig kalten Wind ausgesetzt, zu stehen, mit dem Ergebnis, dass er in kurzer Zeit erforen war. Infolge der unmenschlichen

Die gestern in Bielefeld abgehaltenen Wahlen zeigen dasselbe Bild.

Berlin, den 1. Dez. (Kuomin). In den gestrigen Landtagswahlen in Lübeck gewannen die Nationalsozialisten 6 Sitze und die Kommunisten 1 Sitz, während alle anderen Parteien erheblich an Stimmen verloren.

Berlin, den 1. Dez. (Kuomin). Der Reichspräsident hat heute Abend die Notverordnung unterzeichnet, durch die das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Regierung in Kraft gesetzt wird. Der Text des Programms wird morgen veröffentlicht werden, und der Reichstag wird im Laufe der nächsten Woche über die Anträge der Nationalsozialisten und Kommunisten bezüglich Aufhebung des Erlasses des Reichspräsidenten zu entscheiden haben. Die Regierung hofft zuversichtlich, dass diese Anträge vom Reichstag abgelehnt werden, wenn auch wahrscheinlich nur mit einer kleinen Mehrheit, da alle Parteien sich bemühen vollzählig bei der Abstimmung zu erscheinen in der Hoffnung, dass etwaige Abwesenheit und Stimmenenthaltung der Opposition zu ihren Gunsten arbeitet.

Berlin, den 7. Dez. (Transocean Asiatic). Das Kabinett Brüning scheint unsicher zu stehen. Die Haltung der Presse erkennt man aus der Deutschen Zeitung, die nebeneinander die Ankündigung der Sozialdemokraten und die Notverordnung der Regierung druckt und nochmals das Wahlmanifest der Sozialdemokraten veröffentlicht, in dem der Regierung und ihren Notverordnungen offen der Krieg erklärt wird. Die Rote Fahne, das Organ der Kommunisten, äussert sich mit zunehmender Entrüstung über das, was sie als Verrat der Sozialdemokraten an der Sache der Arbeiter bezeichnet, während die monarchistischen Zeitungen erklären, dass das Kabinett Brüning bisher noch einmal nicht gewagt habe ein Vertrauensvotum zu verlangen. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ versucht die Partei gegen die Vorwürfe des Verrats und Vertrauensbruchs dadurch zu verteidigen, dass er erklärt, die Sozialdemokraten hätten das kleinere von zwei Uebeln gewählt, sie duldeten die Brüning Regierung, um Hitler die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Behandlung durch den Aufsichtsbeamten ist der Hungerstreik beschlossen.

Flugverkehr Canton - Wuchow.

Canton, den 2. Dez. (Kuomin). Die erste Handels-Luftverbindung zwischen Kwangtung und Kwangsi wurde heute eröffnet. In der Luftverkehrsabteilung fand die Einweihungsfeierlichkeit des Wuchow-Canton Post- und Passagierflugdienstes vor einer grossen Versammlung statt. Zwei Flugzeuge, Kukiang und Nanyung mit Namen, die Post und Zeitungen befördern, flogen heute morgen um 10 Uhr nach Wuchow und kehrten um 3 Uhr nachmittags zurück. Ab heute ist diese Linie dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

Chiang Kai-shek und die Studenten.

Nanking, den 7. Dez. (Asiatic). Dass Präsident Chiang Kai-shek entschlossen ist dem immer lärmender und ungezüglicher werdenden Benehmen der chinesischen „Studenten“, ein Ende zu machen, hat er mit seinem letzten Erlass an die Vorsitzenden der verschiedenen Regierungen und Rektoren der privaten Schulen und Universitäten in Peiping, Tientsin, Shanghai, Nanking, Hankow, Kanton und anderen grösseren Städten bewiesen. Er sagt darin, dass es absolut notwendig sei, das Benehmen und die Reden der Studenten mit den Schulgesetzen und allgemeinen Regeln in Einklang zu bringen. Er schärft den Studenten ein, über ihre Fehler nachzudenken und in Zukunft sich nicht in politische Angelegenheiten einzumischen. Er legte den Lehrern sowohl wie den Schülern ans Herz, ihre ganze Aufmerksamkeit dem Studium zuzuwenden, damit aus den Schülern gebildete Leute werden, die als Regierungsbeamte imstande sind an dem Wiederaufbau Chinas tatkräftig mitzuarbeiten. Diejenigen Studenten, die sich in Zukunft in Angelegenheiten einmischen, die ausserhalb ihrer Erziehung liegen, werden schwer bestraft und entlassen werden.